

Sehr geehrtes Netzwerk Grundeinkommen,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Europawahl 2019, deren Eingang wir bereits bestätigt hatten.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

**1. Hat Ihre Partei die Forderung nach einem Grundeinkommen gemäß o. g. Definition in ihr Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgenommen? (Bitte mit Angabe des konkreten Textes und des Links zur Quelle)**

Nein.

**2. Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen im Europäischen Parlament beschlossenen Forderung, „zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierte Armut zu vermeiden“? (vgl. Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI))**

Wir Freie Demokraten wollen gleichberechtigte Chancen auf Arbeit und Wohlstand für die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union (EU). Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist und bleibt aber zu Recht Aufgabe der Mitgliedstaaten. Gerade Sozialpolitik muss so nah an den Menschen gemacht werden wie möglich. Wir Freie Demokraten begrüßen deshalb, dass bei der Schaffung der Europäischen Säule sozialer Rechte keine Ausweitung der Kompetenzen der EU vorgesehen ist.

**3. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und in dem Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages in der Vergangenheit ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei geplant, um die Bundesregierung Deutschland zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?**

Mit dem liberalen Bürgergeld wollen wir Freie Demokraten eine einfache und bürgernahe Grundsicherung schaffen. Das liberale Bürgergeld gibt es jedoch nicht bedingungslos, da sich das Prinzip des Förderns und Forderns bewährt hat. So wollen wir unseren Sozialstaat Schritt für Schritt verbessern. Dazu sind insbesondere Pauschalierungen, Vereinfachungen und die umfassende Zusammenlegung von steuerfinanzierten Sozialleistungen notwendig. Gleichzeitig sind die Anrechnungssätze für selbst verdientes Einkommen so zu gestalten, dass eigene Anstrengung belohnt wird. Wir benötigen ein Transfersystem aus einem Guss, in dem sichergestellt ist, dass Mehrarbeit auch immer zu Mehreinkommen führt. Es muss attraktiver werden, die Stundenzahl nach und nach auszuweiten und insbesondere aus dem Minijob heraus zu wachsen. Das ist der zentrale gesetzgeberische Hebel beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, den wir endlich umlegen müssen. Wir benötigen ein Transfersystem aus einem Guss, in dem sichergestellt ist, dass Mehrarbeit auch immer zu Mehreinkommen führt. Nur so können wir für mehr Menschen eine trittfeste Leiter in die finanzielle Eigenständigkeit bauen.

**4. Über 238 namhafte Wissenschaftler\*innen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten richteten mit einem offenen Brief einen Appell an die EU: „Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden.“ Darin fordern sie auch ein Grundeinkommen. Welche**

**konkreten Aktivitäten und Initiativen plant Ihre Partei, um auf EU-Ebene die Einführung des Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in den EU-Mitgliedsstaaten zu befördern?**

Wir Freie Demokraten lehnen die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ab. Sie widerspricht dem grundsätzlichen Prinzip, dass der solidarische Sozialstaat nur dann hilft, wenn tatsächlich Not besteht. Deshalb ist es notwendig, dass Hilfen aus öffentlicher Hand stets in einem rechtskonformen Verfahren geprüft und entschieden werden (wie etwa bei der Bedarfsprüfung in der Grundsicherung). Wir wollen vielmehr die Einstiegs- und Aufstiegschancen am Arbeitsmarkt für die Menschen verbessern. Denn Arbeit ist mehr als reine Einkommenserzielung. Sie ermöglicht Selbstbestimmung und eine freie Lebensgestaltung.

**5. Welche Schritte hin zum Grundeinkommen haben Sie in Ihrem Wahlprogramm für die Europawahl 2019 aufgeführt?**

Wir Freie Demokraten unterstützen einige wichtige Forderungen in der Erklärung zur Europäischen Säule sozialer Rechte. Dazu gehören das Recht auf Bildung, das Recht auf Unterstützung bei der Rückkehr in Beschäftigung, der Grundsatz der Nicht-Diskriminierung, die Betonung der Tarifautonomie und die Achtung der nationalen wirtschaftlichen Bedingungen bei der Festlegung von Mindestlöhnen. Die sozialen Rechte definieren Mindeststandards, die alle Mitgliedstaaten national für ihre Bürgerinnen und Bürger erreichen sollen.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Europawahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Nicola Beer

Nicola Beer MdB  
Staatsministerin a.D.  
Generalsekretärin

Freie Demokratische Partei  
Hans-Dietrich-Genscher-Haus  
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-261  
[programm@fdp.de](mailto:programm@fdp.de)  
[www.fdp.de](http://www.fdp.de)